

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 202.

Preßlau, Donnerstag, den 30. August 1917.

28. Jahrgang.

Wie die Mobilmachung kam.

Die Hebe gegen den Reichstag.

Jener Teil der deutschen Presse, der unausgeleitet den neuen Reichskanzler als seinen Mann feiert, gefällt sich seit dem 19. Juli in einer sich steigenden Hebe gegen den deutschen Reichstag. Dieselben Methoden, die seinerzeit gegen Herrn von Bethmann angewendet wurden, weil er nicht ganz so wollte, wie die Alldeutschen, werden jetzt gegen den deutschen Reichstag geübt.

Die konservative Presse spricht von der Reichstagsmehrheit, hinter der nach der Wahlstatistik gut zwei Drittel des deutschen Volkes stehen, immer nur als von der „sogenannten Mehrheit“ und will dadurch den Anschein erregen, als stünde die Masse des deutschen Volkes nicht hinter der Reichstagsmehrheit, sondern hinter ihr. Die Frage wäre wohl erlaubt, warum die Herren, die so tun, als hätten sie ein Mandat des ganzen deutschen Volkes in der Tasche, so fanatische Gegner des Reichstagswahlrechts sind! Sie sagen immer: „Wir sind das Volk!“ in Wirklichkeit fürchten sie aber das Volk wie der Teufel das Weihwasser. Dafür ist eben jetzt wieder die Probe auf das Exempel gemacht worden.

Aus dem Gerede der „Deutschen Tageszeitung“ über die „sogenannte Reichstagsmehrheit“ hatte der „Vorwärts“ geschlossen, daß die Konservativen eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen noch während des Krieges wünschten. Dies wäre ja die einzig mögliche Probe, um festzustellen, auf wessen Seite die Mehrheit des deutschen Volkes wirklich steht. Der „Vorwärts“ versprach, die Parole der Auflösung zu der Feinheit zu machen und die Vornahme von Neuwahlen kräftig zu fördern. Dieses Experiment hat den erwarteten Erfolg gehabt. Die „Deutsche Tageszeitung“ kneift sofort und erklärt, so wäre es nicht gemeint. Sie fühlt sich eben berufen, den Willen des Volkes zu repräsentieren ohne jede Abstimmung.

Gleichzeitig veröffentlicht das Berliner Organ der Schwerindustrie, die „Deutsche Zeitung“, einen Artikel, der ihr von „hochgestellter juristischer Seite“ zugeht, und in dem klipp und klar bewiesen wird, daß der Reichstag überhaupt in den Lebensfragen des deutschen Volkes keine Meinung zu haben habe. Unter der vielversprechenden Ueberschrift „Los vom Reichstag!“ führt der Jurist der Schwerindustrie aus, daß der Kaiser ohne jede Beeinflussung durch den Reichstag tun und lassen könne, was er wolle, da er erstens oberster Herrscher sei und zweitens allein das Recht habe, Frieden zu schließen. In diesem Sinne verlangt er von der Regierung, daß die Reichstagsmehrheit endlich hinter die Schranken gemiesen wird, hinter die sie von Gottes und Rechts wegen gehört.

Wir wissen jetzt wenigstens ganz genau, wie es von jener Seite gemeint ist. Das Volk hat das Recht, für das Reich sein Blut zu vergießen, es hat das Recht, zu hungern und zu frieren, und seine Volksvertretung, der deutsche Reichstag, hat das Recht, hunderte von Milliarden aus den Taschen des deutschen Volkes zu bewilligen... aber was aus alledem werden soll, wann und wie all dieses Entsetzliche enden soll, darüber mitzubestimmen, steht dem deutschen Volk und seiner Vertretung, nach Meinung dieser Leute, nicht das geringste Recht zu.

Gegenüber dem Spott der Agrarier und der Schwerindustriellen muß erst recht betont werden, daß der Reichstag geschlichen Einfluß auszuüben hat. Er ist eine Autorität, nicht geringer als irgend eine andere, die im deutschen Reiche besteht. Er hat vor allen anderen das Eine voraus, daß er vom Volke selbst nach allgemeinem gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gewählt ist und die moralische Macht des Volkswillens in sich verkörpert. Wer sich an ihm vergreift, der vergreift sich an dem deutschen Volke selbst.

Für den neuen Reichskanzler ist es aber ein unerträglicher Zustand, daß er fortgesetzt von Leuten als Parteigänger in Anspruch genommen wird, die den inneren Frieden in dieser Weise gefährden. Das Weiteiterschleichen des Reichstags wäre ein Stück Anarchie. Der Reichstag kann unter solchen Umständen nur nach dem Satze handeln: „Wer nicht für mich ist, ist wider mich.“ Ist der neue Reichskanzler nun für den Reichstag oder ist er es nicht?

Das wird er bald zeigen können bei seiner Stellungnahme zu dem Beschlusse über Beschränkung der Zensur und des Verbots von Zeitungen, den der Hauptausschuß des Reichstags gestern mit zerschmetternder Mehrheit angenommen hat.

Wie die Mobilmachung kam.

Russische Enthüllungen.

Die Frage, wer in den verhängnisvollen Tagen vor der Kriegserklärung die Schuld an dem Ausbruche der Weltkatastrophe trug, ist schon viel erörtert worden, und wird nach dem Kriege, wenn die Pressefreiheit und der Verkehr zwischen den Ländern wieder hergestellt ist, wenn auch ein größerer Einblick in die diplomatischen Verhandlungen und Akten möglich ist, noch eine ganz andere Rolle spielen. Auf deutscher Seite ist immer angeführt worden, daß die gegen Deutschland gerichtete, allgemeine Mobilmachung Rußlands, über die wir absichtlich im Unklaren gehalten wurden, den Zwang zur Kriegserklärung gegen Rußland ergab. Rußland dagegen behauptete, daß bei ihm bis zur kritischen Stunde nur eine Teilmobilisierung gegen Oesterreich zum Schutze Serbiens stattgefunden habe. Einen Beitrag zu diesem Streit bringt der Prozeß gegen den damaligen russischen Kriegsminister Suchomlinow, der sich dadurch des Landesverrats schuldig gemacht haben soll, daß er das russische Heer nicht kampfbereit hielt, sondern einen Teil der dazu bestimmten Gelder unterschlug. Ueber die Verhandlungen zur Mobilmachungsfrage berichtet der Telegraph:

Berlin, 29. August. In dem Prozeß gegen den früheren russischen Kriegsminister Suchomlinow wurde als erster Zeuge der frühere Stabschef des Hochkommandierenden, der General Januschewitsch, vernommen.

Der Verteidiger Suchomlinows fragte, dem Bericht der Nowoje Wremja zufolge, den Zeugen, ob ihn am Mobilmachungsstage der frühere Zar telephonisch angewiesen habe, die Mobilmachung einzustellen oder wenigstens aufzuschieben. Januschewitsch gab zu, daß ein solches Telephongespräch stattgefunden habe. Der Zar habe aber nur gesagt, die allgemeine Mobilmachung in eine Teil-Mobilmachung der vier südwestlichen Bezirke umzuwandeln. Zunächst war der Beschluß gefaßt worden, nur die vier südwestlichen Bezirke zu mobilisieren, eine Maßnahme, die sich nur gegen Oesterreich-Ungarn richtete. Dann erfolgte jedoch eine Abänderung dieses Beschlusses. Am 30. Juli 1914 hielt Januschewitsch dem Zaren einen Vortrag und bestand auf der Gesamtmobilmachung, weil es nach seiner Meinung notwendig sei, die Haltung Rußlands nicht nur Oesterreich-Ungarn, sondern auch dem Deutschen Reiche klarzumachen. Der Zar unterzeichnete darauf den Befehl zur gesamten Mobilmachung. Diesen Maß überbrachte Januschewitsch der Ministerratssitzung.

Januschewitsch erklärte ferner, daß er noch am selben Tage abends gegen 11 Uhr vom Zaren telephonisch angerufen worden sei. Der Zar fragte ihn, wie weit es mit der Mobilmachung wäre und ob die allgemeine Mobilmachung nicht doch doch gegen eine Teilmobilisierung, die sich gegen Oesterreich richte, ersetzt werden könne. Januschewitsch antwortete, die Mobilmachung sei schon im Gange; eine Abänderung wäre somit außerordentlich schwierig und könnte zu einer Katastrophe führen. Der Zar erwiderte, er habe ein Telegramm von Kaiser Wilhelm erhalten, der sich ehrenwörtlich verbürgte, daß die Beziehungen zu Rußland freundschaftlich bleiben würden, falls Rußland nicht die allgemeine Mobilmachung erkläre. Zu fuhr, sagte Januschewitsch weiter aus, nach diesem Telephongespräch mit dem Zaren zu Esajonow und legte ihm meine Uebersetzung dar, daß jetzt die allgemeine Mobilmachung nicht aufgehoben werden könne. Es wurde daraufhin beschlossen, daß ich am kommenden Morgen dem Zaren einen neuen Vortrag halten solle. Dieser Vortrag fand statt. Nachmittags um 5 Uhr hatten Esajonow, dann Suchomlinow und ich in Petersburg eine Besprechung, die nur etwa 10 Minuten dauerte und mit dem Beschluß endete, daß es nicht nötig sei, die allgemeine Mobilmachung zurückzunehmen.

Soweit Januschewitsch' Aussage. Darauf hat der Angeklagte Suchomlinow, sich zur Aussage des Zeugen äußern zu dürfen. Er erklärte, daß der Zar ihn in der Nacht zum 30. Juli angerufen und befohlen habe, die Mobilmachung aufzuheben. Das war ein direkter Befehl, der keine Einwendungen gestattete. Suchomlinow erklärte weiter:

„Ich war von dem Befehle ganz benommen. Die Mobilmachung war bereits erklärt, und wenn man sie hätte rückgängig machen wollen, so drohte eine Katastrophe. Keiß Gott, was da für ein Kladderadatsch herausgekommen und was in Rußland vorgegangen wäre, wenn man die Mobilmachung hätte rückgängig machen wollen. Etwa eine halbe Stunde nach diesem Telephongespräch mit dem Zaren klingelte mich Januschewitsch an und sagte mir, der Zar habe ihm erklärt, daß die Mobilmachung eingestellt werden solle. Ich fragte Januschewitsch, was er dem Zaren geantwortet habe. Januschewitsch erwiderte, er habe dem Zaren gesagt, daß die Aufhebung der Mobilmachung unmöglich ist. Der Zar habe trotzdem beschlossen, die Mobilmachung einzustellen. Januschewitsch fragte mich, was er denn nun machen solle. Ich sagte ihm, tun Sie nichts. Am nächsten Morgen lag ich den Zaren an und erklärte ihm, die Mobilmachung werde nur in den Südbwestbezirken vorgenommen, dabei wußte ich, daß sie überall in vollem Gange sei und nicht aufgehoben werden konnte. Glücklicherweise wurde an demselben Tage dem Zaren eine andere Uebersetzung beigebracht und mir wurde dann die Anerkennung für die glatte Durchführung der Mobilmachung ausgeschrieben.“

Nach dieser Bekundung Suchomlinows wurde noch einmal General Januschewitsch als Zeuge ausgerufen, um über seine Unterredung mit dem deutschen Militärattaché am 29. Juli auszusagen. Januschewitsch erklärte:

„Ich gab dem deutschen Militärattaché das Ehrenwort, nachmittags 3 Uhr, die Mobilmachung noch nicht erklärt worden sei. Dieses Augenblicks erinnere ich mich genau in allen Einzelheiten. Da der deutsche Militärattaché mir nicht glaubte, bot ich mich an, ihm meine Erklärung schriftlich zu geben, was er indessen ablehnte. Zu einer solchen schriftlichen Erklärung hielt ich mich für berechtigt, weil die Mobilmachung an sich in diesem Augenblick noch nicht ergangen war, denn den Maß darüber hatte ich noch in meiner Tasche. Esajonow hatte mir vorher gesagt, ich solle über die Sache lieber mit dem deutschen Militärattaché sprechen, als mit dem Vorkämpfer Grafen Pourtales, denn Esajonow hatte von Pourtales eine nur niedrige Meinung und war der Ansicht, daß sich Pourtales doch alles nach seiner Ansicht auslegen werde.“

Man muß ja berücksichtigen, daß es sich hier um Leute handelt, die sich auf irgend eine Weise herauslagern wollen, immerhin spricht viel für die Schlussfolgerung des W. L. W., die dahin geht, daß also der russische Generalstabschef unsere deutschen Vertreter belogen hat, daß die allgemeine Mobilmachung tatsächlich angeordnet war und daß die beiden einflussreichen Personen durch Nichtbeachtung des zariischen Beschlusses auf Einstellung der allgemeinen Mobilisation die Lage verschärften. Die „Morgenpost“ kommt zu dem Resultat, daß die Petersburger Heber, voran der böseartige Suchomlinow, den unglückseligen Schwächling Nikolai, der noch im letzten Augenblick zurückbekehrte, durch freche Lügen und gewissenlose Zettelungen in das Unheil hineinsteckten, und die „Germania“ bedauert fast, daß in Stockholm die Schuldfrage nicht aufgerollt werden kann, nachdem diese wichtigen Enthüllungen erfolgt sind.

Amerikas Antwort.

Amsterdam, 29. August. Reuter meldet aus Washington, daß in der Antwort Amerikas auf die Note des Papstes erklärt wird, es sei keine Basis vorhanden, um zu Besprechungen über den Frieden überzugehen, da Deutschland seine Bedingungen nicht bekanntgegeben habe.

Der Korrespondent der „Times“ in New York vernimmt, daß die vollständige Antwort des Präsidenten Wilson durch Vermittlung des englischen Königs dem Papst zugeandt werden wird.

Amsterdam, 29. August. Aus Washington wird gemeldet: Der Vorkämpfer Runkius erklärte in einem Interview, der Vorschlag des Papstes bezwecke lediglich einen Waffenstillstand, da der Papst davon überzeugt sei, daß, wenn die Kriegführenden die Waffen einmal niedergelegt haben, um zu versuchen, durch Ueberlegung zu einem rechtlichen Frieden zu gelangen, die Waffen niemals wieder ergriffen werden.

Ablehrende Antwort?

Bern, 29. August. Der römische Berichterstatter der „Stanza“ drängt, zwischen den Entente-Regierungen lauerer Gedankenanknüpfung an, um über die Antwort auf die Papstnote eine Einigung zu erzielen. Die Antwort könne jedoch nicht vor September erfolgen. Die Rüdkehr Gasparis aus den Ferien sei ein Anzeichen dafür, daß die Antwort im Vatikan baldigst erwartet werde. Die Regierung Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten, die keinen Vertreter beim Heiligen Stuhl beauftragt haben, werden den englischen Gesandten beim Vatikan kommissarieren, ihre Antwort dem Papst zu übermitteln. Fern und Inhaft der Antwort der Ententemächte bilden ebenfalls den Gegenstand der Unterhandlungen zwischen den Ententemächten. Bisher ist noch keine Entscheidung gefaßt worden, ob eine einzige gemeinsame oder eine getrennte individuelle Reaktionsantwort erfolgen soll. Die Antwort werde höflich, aber in ihren Grundbedingungen ablehnend sein und mit einer kurzen Begründung die Friedensnotwendigkeit des Papstes als ungenügend bezeichnen. Der Berichterstatter fügt hinzu, die Entente werde als Hauptpunkt darlegen, daß die Mittelmächte ihre Friedensbedingungen bekannt geben müßten. In römischen diplomatischen Kreisen berichtet man, Wilson werde die Papstnote geandert beantragen. Nach Wilson werde von Deutschland verlangt, die Darlegung seiner Friedensbedingungen zu fordern. In hohen diplomatischen Kreisen des Vatikans so e man, die Lage werde bis zum Herbst für Friedensverhandlungen reif sein, was in den diplomatischen Kreisen der Entente bezweifelt werde.

Der Sonderauschuß.

Berlin, 29. August. Der mit der Beratung der Papstnote betraute Ausschuß des Bundesrats und Reichstages hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine erste Sitzung ab, die zweieinhalb Stunden währte. Es ist mit einer längeren Besprechungszeit zu rechnen, die aber durch die Beratungen zwischen Berlin, Wien, Konstantinopel und Tokio unterbrochen wird.

Die Zensur vor dem Hauptauschuss.

Der Hauptauschuss des Reichstages beriet am Mittwoch die vorliegenden Anträge auf Aufhebung der politischen Zensur und Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit.

Von den Abgeordneten Prinz zu Schaumburg-Lippe (Katt.), Erzberger (Zentr.), v. Payer (Fortchr. Sp.) und Scheidemann (Soz.) liegt ein Antrag vor, der den Reichstagslangler ersucht, dahin zu wirken, daß die politische Zensur sobald beseitigt wird.

Ferner beantragen die Sozialdemokraten, wie schon früher, auch diesmal, die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, daß nach den wiederholten Versicherungen die Zensur sich ausschließlich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken hat. Trotzdem gebe es noch immer eine politische Zensur. Die „Frankfurter Zeitung“ sei gemahnt worden wegen Vereinfachung der Obersten Herrschaft in den politischen Streit, obwohl es sich bei ihrem Artikel nur um die Erwiderung eines Angriffs der „Freizeitung“ gehandelt habe. Auch die „Freizeitung“ hatte die Oberste Herrschaft in die Debatte gezogen, ohne daß gegen sie etwas unternommen worden ist. Rechnete sollte von Ungleichheit können häufig vor und Abhilfe sei zwar immer versprochen, aber nicht durchgeführt worden. Es müsse verlangt werden,

daß die politische Zensur den Militärbehörden abgenommen wird.

Das könne aber nur geschehen nach einer gründlichen Klärung des Gesetzes über den Belagerungszustand. Man sollte einmal die zahlreichen Verordnungen der Stellvertretenden Generalkommandos sammeln, die durch die Gerichte für ungültig erklärt worden sind. Die dringsten Wünsche sind dadurch entstanden. Bei der Handhabung der Zensur wird auf die Meinung der Presse keine Rücksicht genommen. Der Friedensbewegung gegenüber wird tendenziös verfahren. Was beabsichtigt die Regierung zu tun, um diese Beschwerden abzustellen? Wird das Gesetz über den Belagerungszustand geändert werden? Die ständigen Eingriffe in unser Rechtsleben erfolgen auf Grund einer rücksichtslosen und langjährig bestehenden Gesetzgebung. Diese Gesetzgebung muß daher reformiert werden.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) meinte, daß die Handhabung der Zensur und des Versammlungsrechtes uns ein Bild gebe von der tatsächlichen bei uns herrschenden Machtverhältnissen. Eine kleine Majorität regiere, die den Willkürlichen alles durch die Finger sehe, und der Reichstagslangler sei das Werkzeug der Militärherrschaft. Die politische Zensur werde in unzulässiger Weise von den militärischen Stellen überwacht und beschränkt. Die Versammlungsfreiheit auf ein Minimum herabgesetzt. Die Militärschulen aber können heimlich und sogar an der Front, in den Schulen und auf den Landstraßen ungehindert ihre Propaganda betreiben. Die Majestätsverletzungen mit feindlichen Mitteln verfolgt. Besteht ein Erlaß des Reichstagslanglers gegen Friedens-Versammlungen? Öffentliche und Vereinsversammlungen der unabhängigen Sozialisten werden so gut wie unmöglich gemacht.

Es wird mit besonderer Kraft gemessen.

Zeitschriften, die für den Frieden wirken, werden bruchstückhaft und verboten, unliebbare Redakteure werden eingezogen. Man verlangt auch die Anmeldeung reiner Gewerkschaftsversammlungen. Der Abg. Heule sei in Ziel verhaftet und eine Nacht festgehalten worden, die militärischen Behörden schreden vor nichts zurück. Briefe an die Abgeordneten der Unabhängigen werden durchsucht, noch immer werde von der Schutzhaft gegen politische Gegner Gebrauch gemacht. Unter dem Belagerungszustand besteht eine wahre Schreckensherrschaft. Deshalb muß er aufgehoben werden. Der Redner bringt zum Schluß einen Antrag ein, der die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Wiederherstellung der Freiheit der Presse und der Person, sowie des uneingeschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes verlangt.

Der Stellvertreter des Reichstagslanglers Dr. Helfferich erwiderte dem Redner (Abg. Dittmann), nach dem Kanzlerwechsel hätten die feindlichen Zeitungen die Behauptung verbreitet, der neue Reichstagslangler sei nur ein Werkzeug der Militärherrschaft. Der gegen unser Land gerichtete Zweck solcher Ausstellungen sei für jedermann klar. Er wolle fest, daß der Abg. Dittmann es für richtig gehalten habe, die gleiche Behauptung hier im Hauptauschuss des Reichstages aufzustellen, offenbar zu dem Zweck, sie draußen im Lande zu verbreiten, womit er wieder einmal die Geschäfte unserer Feinde beforge. Die Verantwortlichkeit des Reichstagslanglers reihe wohl für den ganzen Ausschuss zu hoch über solchen Angriffen, als daß er als Vertreter des Reichstagslanglers sie gegenüber dem Abg. Dittmann zu verteidigen brauche.

Abg. Geize (Sozialdemokrat): Neben die Zensurverhältnisse zu sprechen, ist zunächst kein Verlangen. Immer wieder und wieder sind während des Krieges die verschiedenen Mißstände besprochen worden. Die Reichsleitung habe die schönsten Versprechungen gemacht, aber gehalten habe sie nichts. Die Verhältnisse sind nicht besser geworden, sondern im Gegenteil sind die Übergriffe immer gewissermaßen, immer breiter erfolgt und haben einen immer höheren Schaden unserem Volk angefügt, sowohl im eigenen Lande, als auch im Auslande. Hier müsse zunächst durchgehenden und der Belagerungszustand aufgehoben werden. Das begehre der Antrag seiner Partei. Es, wie es jetzt geht, könne es nicht bleiben, Wandel müsse geschaffen werden.

es müsse endlich ein Ende gemacht werden mit der Unterdrückung

einzelner politischer Meinungen und der Gewerkschaften. Man geht auf die Maßnahmen der Militärverwaltung im einzelnen ein und behandelt ganz besonders die Verengung der Gewerkschaften. Es weist darauf hin, daß Verfassungsveränderungen als politische Versammlungen hingestellt, zeitliche Anmeldeung verlangt und von der Genehmigung abhängig gemacht worden. Dieses Vorgehen ist unvereinbar mit § 14 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, nach dem den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechtes nicht beschränkt werden darf. Redner geht dann auf

Die Zensur in Dresden

ein: Da unser eigener Bericht noch nicht eingetroffen ist, holen wir ihn deshalb in einer späteren Nummer nach. Weiter bespricht der Redner das Vorgehen der Militärbehörden gegen den Bund der Kriegsbeschäftigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Unter demnächst nächsten Vorarbeiten ist die Militärverwaltung diesem Bunde entgegengetreten. Die Militärbehörden begünstigen auch ihre politische Zensur, daß die politischen Ausstellungen geeignet seien, den vaterländischen Geist zu schwächen, und daraus schließen sie, daß ihre Zensur, obwohl sie sich auf politische Fragen beziehe, doch nur eine militärische Zensur sei. Daher werde in einem zweiten Antrage der Reichstagspartei den Reichstagslangler ersucht, die Innehaltung der folgenden Grundzüge über die Handhabung der Zensur während des Krieges schärflich beizufolgen:

1. Die Zensur soll auf Grund des Gesetzes über den

der Zensur ausschließlich des Kriegszustandes beschränkt auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen des Kriegszustandes und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden können.

2. Die Erörterungen der Krieges- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

3. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung wirtschaftlicher Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichstagslanglers und nach Anhörung des Herausgebers oder die Gründe des beschlagnahmten Verboles erfolgen.

Redner weist die Notwendigkeit dieser Maßnahmen an der Hand einer Reihe von Fragen nach, insbesondere gegenüber den Kaiserreden und dem Bericht des Bundes von Professor Friedrich Wilhelm Hertz über die deutsche Jugend und den Krieg, sowie des Berichts der „Friedenszeitung“. Die Zensur ist darauf beruht, daß wir sie nicht mehr gehalten lassen können. In vier Wochen werde der Bund der Reichstagsparteien zusammentreten. Was dahin habe die Reichsleitung Zeit, zu zeigen, daß sie den Wünschen der Reichstagsmehrheit in Bezug auf die Handhabung des Belagerungszustandes entgegenkomme. Wenn bis dahin nicht Wandel geschaffen ist, müßten sich die Reichstagsparteien überlegen, was zu tun sei, um zu erreichen, daß im Innern derartige Zustände nicht länger bestehen. Das sei unbedingt notwendig, wenn mit dem Vaterlande Frieden wollen.

Unterstaatssekretär Wallraf vom Reichsamt des Innern weist darauf hin, daß die angeschnittenen Fragen zu den schwierigsten Angelegenheiten des Reichsamts des Innern zählten. Zudem spielten Rücksichten auf die Herrschaft und deren Rechte hinein. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie die Kriegsgesetze auferlegten, lasse sich nur aus der Not der Zeit rechtfertigen. Inwiefern eine Milderung oder Abschwächung der Zensur möglich sei, entscheide sich mit Rücksicht auf die gesamte Lage des Reiches. Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes sei schon im Mai im Reichstag gestellt und abgelehnt worden. Inzwischen habe sich die Lage des Reiches nicht geändert. Keine der freigelegten Mächte verzichte auf diese Maßnahme, die in der Kriegszeit unentbehrlich sei. Er bitte daher um Ablehnung dieses Antrags. Bei den anderen Anträgen, die auf die Aufhebung der politischen Zensur hinzielten, müsse man wohl erwägen, ob auch die äußere Politik im vollen Umfange freigegeben werden sollte. Dies verbiete sich wohl. Was die Befreiung der inneren Politik von der Zensur betreffe, so seien auf diesem Gebiete bereits Kriegsziele und kriegswirtschaftliche Angelegenheiten freigegeben worden. Die freie Besprechung der wirtschaftlichen Fragen habe auf den tobtusten Teil der Bevölkerung günstig gewirkt, auf den weniger widerstandsfähigen dagegen niederdrückend. Das sage er nur, um zu zeigen, nach wie verschiedenen Richtungen selbst bei der berechtigten Freigabe der wirtschaftlichen Erörterungen die Wirkungen sich geltend machen. Unter Abwägung der Vor- und Nachteile wolle er prüfen, inwiefern man auch für die innere Politik die Fänge der Zensur lockern könne. Man dürfe nie vergessen, daß das Amt des Zensors schwierig sei und hohe Anforderungen stelle, und daß sich auch die Presse nach drei Kriegsjahren manchmal naturgemäß erregter zeige, als in Friedenszeiten.

Abg. Erzberger (Zentr.): Nachdem der zukünftige Staatssekretär des Reichsamts des Innern die Prüfung angefangen habe, können wir wohl damit rechnen, daß die von uns geforderten Einschränkungen der Zensur auch durchgeführt werden. Nach seiner Überzeugung genüge das Spionagegesetz vollkommen, um wirklichen Mißständen entgegenzutreten. Jetzt seien die Beschuldigungen unrichtig und tragen nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung unseres Volkes bei. In Bezug auf die Veröffentlichung der Kaiserreden

frage er an, ob die Reichsleitung Kenntnis von den zu veröffentlichen Reden erhalte und der Reichstagslangler dafür die Verantwortung trage. Ihm sei mitgeteilt worden, daß dies nicht geschehe und die Veröffentlichungen vom Militärkabinett erfolgten. — Hieraus begründete Abg. Erzberger einen gemeinsamen Antrag der Reichstagsparteien, daß die Bundesratsverordnung über die Konzeptionspflicht der Lichtspiele aufgehoben werde.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. v. Sahnemann: Das Auswärtige Amt habe jederzeit einen Vertreter im Hauptquartier und nehme Kenntnis von den zu veröffentlichen Reden des Kaisers. Der Reichstagslangler trage daher die Verantwortung auch für diese Veröffentlichungen.

Abg. Geize (Soz.): Auch die Ausführungen des zukünftigen Staatssekretärs des Innern über die Zensur seien nicht geeignet, seine Partei von dem Ziel abzubringen, endlich bessere Zustände zu erzeugen.

Ein Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ ging des näheren auf den Fall der „Frankfurter Zeitung“ ein und erklärte, daß der „Frankfurter Zeitung“ recht gegeben sei. Der Vorwurf, daß die „Leipziger Volkszeitung“ zu schwach behandelt werde, sei durchaus unberechtigt, da andere Blätter, die der „Leipziger Volkszeitung“ nahe ständen, sich oft ausdrücklich darauf berufen, daß ihnen verboten worden sei, was der „Leipziger Volkszeitung“ gestattet würde. Die „Friedenszeitung“ von Harben müßte verboten werden, da alle Ermahnungen an den Herausgeber nicht gehorcht haben und er immer wieder zu geschrieben habe, daß diese Darlegungen im Auslande ausgenutzt werden könnten.

Die Scheidemannsche Rede

habe auf Grund der früheren Vorschriften verboten werden müssen; da ja neue Vorschriften erwogen werden, sei es möglich, daß später die Rede wieder freigegeben werden könne. Gegen den Bund der Kriegsbeschäftigten habe die Herrschaft einschreiten müssen, weil er politische Besprechungen unter dem Militär zu bringen suchte. Nicht richtig sei es, daß in Nordhausen den vier Zeitungen vorgeschrieben worden sei, sich zu einer Zeitung zusammenzutun; vielmehr hätten zwei Zeitungen von sich aus beim Generalkommando angefragt, ihre Zeitungen zusammenzuliegen. Auf die anderen beiden Zeitungen sei zu einer beratigen Maßnahme kein Zwang ausgeübt worden. Es sei unermesslich, daß bei der Zensur manche Mißgriffe vorkommen. Die Reichsleitung sei befehligt, dem entgegen zu arbeiten.

Ein Vertreter des sächsischen Kriegsministeriums verzichtete, daß das dortige Generalkommando die „Leipziger Volkszeitung“ mit möglichster Unparteilichkeit und Wohlwollen behandle.

Abg. Graf Westarp: Auch die Militärschulen und ihre Freunde hätten Grund, sich über die Zensur zu beschweren. Soeben sei er der Meinung, daß es nicht möglich sei, die Zensur aufzuheben. Er erinnere nur an die Tätigkeit der Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die für Strafsachen und für die Republik agitieren.

Abg. Geize (Soz.) wendet sich gegen den Antrag, der die Konzeptionspflicht der Lichtspiele aufheben will.

Abg. Dittmann (U. S.) stellt fest, daß doch die Angaben über die Presse in Nordhausen richtig seien. Den beiden anderen Zeitungen sei ausdrücklich anheimgegeben worden, sich bis zum 15. September darüber zu verständigen, daß in Nordhausen nur eine Zeitung erscheine.

Dem Vertreter des Reichstagslanglers, Dr. Helfferich, erwiderte Redner, für ihn sei es kein Grund, eine Wahrheit auszusprechen, wenn diese Wahrheit auch von den Feinden behauptet werde. Im übrigen aber beharre keine Beziehung zwischen ihm und dem feindlichen Auslande. Jede Verächtlichkeit nach dieser Seite hin sei in den Augen aller unabhängigen Politiker geringschätzig. — Der Vorliegende trägt diesen Ausdruck. — Abg. Dittmann: Dann darf es auch nicht zulässig sein, daß der Vertreter der Reichsleitung eine derartige Bemerkung gegen ihn macht. — Der Redner weist darauf hin, daß die Zensur während des Krieges

Abg. Geize (Soz.) legt dar, daß die Einwendungen der Herren von der Militärverwaltung gegen die von ihm vorgebrachten Tatsachen nicht richtig seien. Aber das sei jetzt nicht das Entscheidende; vielmehr komme es darauf an, was in den vier Wochen bis zum Zulassentritt des Reichstages geschehen werde. Das allein müsse für die Mehrheitsparteien maßgebend sein.

In der Abstimmung werden die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die die Aufhebung des Belagerungszustandes fordern, abgelehnt.

Dagegen wurden angenommen die beiden anderen Anträge, die die politische Zensur aufheben und hierfür gewisse Richtlinien festlegen, sowie der Antrag, durch die Bundesratsverordnung über die Konzeptionspflicht der Lichtspiele aufgehoben werden soll.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 27. September, statt. Sollte ein nicht voraussehbarer Umstand eine frühere Sitzung nötig machen, so soll der Vorsitzende das Nähere veranlassen.

Eine Anfrage an Erzberger.

Im Hauptauschuss des Reichstages wurde am Dienstag die allgemeine politische Debatte fortgesetzt und zu Ende geführt. Ein Teil der Verhandlungen wurde für vertraulich erklärt.

Sodann kam ein konservativer Abgeordneter nochmals zurück auf das Interdikt des Abg. Erzberger mit einem Vertreter der „Hamburger Nachrichten“. Der Abgeordnete machte das seiner Zeit wiederholte Interdikt zur Verlesung, in dessen Verlauf der Abg. Erzberger bekanntlich gesagt hatte, man wolle ihn nur mit Lord George an einen Tisch setzen, er würde sich in einer Stunde mit dem englischen Staatsmann verständigen. Das konservativ-katholische Publikum hob hervor, daß Erzberger den in den Zeitungen veröffentlichten Wortlaut nicht demontieren habe, der Wortlaut könne damit als falsch gelten. Was habe Erzberger mit seiner Antwort gemeint? Vor einiger Zeit habe er auf eine ähnliche Frage geantwortet, er würde Lord George sagen, daß die konservativen bei uns ohnehin tätig seien und bei den nächsten Wahlen verschwinden würden. Das sei aber keine erschöpfende Antwort, vielmehr habe der Reichstagslangler darauf, zu erklären, was Erzberger wirklich mit seiner Erklärung gemeint habe, denn diese Ausweisung eines Führers der größten Fraktion sei nicht bedeutungslos.

Eine Antwort auf diese Fragen durch den Abgeordneten Erzberger erfolgte nicht.

Politische Uebersicht.

General Bröner's Verabredung.

Genosse Scheidemann findet dem „Domotris“ ein Dußschiff, der wir folgenden entnehmen:

Einige Angaben, die ich im Hauptauschuss des Reichstages über den unwillkürlichen Abgang des Herrn General Bröner gemacht habe, gaben dem Herrn Geheimrat Dittberg, dem Direktor der Elberfelder Garnwerke, Veranlassung zu einem Schreiben an den Hauptauschuss, das im Ausschussbericht dieser Nummer zum Abdruck gebracht ist.

Da ich einer dringlichen Bitte wegen nicht in der Lage sein werde, in den nächsten Tagen im Ausschuss auf die Angelegenheit zurückzukommen, will ich sie hier in knapper Form darlegen.

Folgende Tatsachen sind mir von einwandfreien Stellen als verbindlich mitgeteilt worden:

General Bröner war am Tage vor seinem freiwilligen Rücktritt im Hauptquartier. Er wurde dort sehr gut behandelt und wurde zurück in dem Glauben, seine Position sei fest. Am selben Tage brachte aber der „Reichsanzeiger“ bereits die Nachricht von seinem bevorstehenden Rücktritt und am folgenden Morgen nahm der General nach einer Unterredung mit dem Kriegsminister seine Entlassung.

Als die Entlassung erfolgte, hatte der Direktor Dittberg bereits eine Einladung an einen Kreis von Industriellen ergangen lassen zu einer Sitzung in Düsseldorf. Dem Sinne nach war es in dieser Einladung:

Tagungsordnung: Die Abänderung des Hilfsdienstgesetzes. Die D. S. B. wird vertreten sein durch Oberleutnant v. Bauer. Dem Kanzler ist von dem Staatskanzler der Sitzung Mitteilung gemacht worden mit dem Anheimstellen, sich ebenfalls vertreten zu lassen.

Ob die Sitzung getagt hat, war an ihr teilgenommen hat und was beschlossen wurde, ist mir nicht bekannt geworden. Die Einladung durch Herrn Dittberg ist ein Beweis für die Beziehungen, das Hilfsdienstgesetz in rücksichtlicher Weise abzuändern, und für den überhöhten Eifer der Kreise, die die Abänderung betreiben.

Außerdem wurde im Kriegsamt erzählt, in der Fabrik von D. (den Garnwerken in Elberfeld) habe man schon acht Tage vor der Entlassung des General Bröner davon gesprochen, daß seine Lage gefährlich sei.

Herr Bröner machte nie ein Geheiß aus seines Überzeugung, daß eine Abänderung des Hilfsdienstgesetzes zumungunsten der Arbeiter erfolgen würde, wenn auch zugleich eine Regulierung des Lohnes und der Unternehmerrgebnisse erfolge. Eine diese Frage behandelnde Vorlesung hat er bereits vor längerem Zeit dem Kanzler unterbreitet. Auch Herrn Dittberg muß diese Stellungnahme Bröners bekannt geworden sein.

Der Reichstagslangler war über den Rücktritt des General Bröner ebenso überrascht wie alle Welt. Von dort aus ist nichts gegen ihn unternommen worden. Von allen diesen Tatsachen wird durch den Brief des Geheimrats Dittberg nicht das Geringste erwähnt.

Der preussische Landtag wird, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, am 9. Oktober seine Arbeiten wieder aufnehmen. Man nimmt als sicher an, daß ihm die Wahlreform-Vorlage zugleich unterbreitet werden wird. Ob damit eine Vorlage über eine Neueinteilung der Wahlkreise und eine Reform des Herrenhauses verbunden sein wird, steht noch dahin.

Der Kanzler in Belgien. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Reichstagslangler, der seine Informationsreise nach Belgien angetreten hat, hörte im Zuge die Vorträge des Chefs der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien, Freiherrn von der Linden, und des Verwaltungschefs für Flandern, Schmitz. Während der Fahrt von Brüssel nach Maastricht empfing der Reichstagslangler auf ihren Wunsch einige Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie.

In Brüssel empfing er eine Abordnung des Rates von Flandern, die ihn in einer längeren Ansprache begrüßte. Der Reichstagslangler nahm in seiner Erwiderung Bezug auf die Erklärungen, welche dem Rat von Flandern bei dem Besuch in Berlin am 3. März von seinem Amtsvorgänger gegeben wurden und erklärte, daß sich an dem Standpunkte der Reichsregierung nichts geändert habe.

Wichtig im Auswärtigen Amt. Der Deputierter des politischen Ausschusses im Auswärtigen Amt, Freiherr von Stumm, schied aus seiner Stellung. Man bringt das in Zusammenhang mit der wenig befriedigenden Art, mit der Herr von Stumm die Karaffe des Amerikaners Gerard zurück

Familiennachrichten.

Naohruf!

Am 27. August 1917 lat

Herr Stadtrat

Julius Rosenbaum

gestorben.

Am 4. Januar 1897 wurde er, als Stadtverordneter, zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Er hat während seiner zwanzigjährigen Amtszeit viele Dienststellen verwaltet, dauernd insbesondere einige Hospitäler, den städtischen Packhof, den Hafen und während des Krieges vertretungsweise den Schlachthof. Wir haben in ihm einen unermüdeten Mitarbeiter und treuen Freund verloren. Sein Wesen war Herzengüte, Zuverlässigkeit und Wahrhaftigkeit, und so folgten ihm allerwegen Freundschaft, Vertrauen und Verehrung. Seines Wirkens innerster Beweggrund war die Liebe zu seiner Vaterstadt und seines Denkens Richtung lag begründet in lebendiger Erinnerung an die Kämpfe um die Neugestaltung Preussens und die Errichtung des Deutschen Reiches. Wie damals, stand er immer seinen Mann und das Leben trat ihm stets „auf Posten“. Erst der Tod hat ihn vom Dienste abgelöst. Wir werden das Andenken dieses vortrefflichen Mannes dauernd in Ehren halten.

Breslau, am 29. August 1917.

4544

Der Magistrat

hiesiger Königlich Haupt- und Residenzstadt.

Todes-Anzeige.

Am 22. August 1917, nachmittags 5 1/2 Uhr, starb nach kurzem Krankenlager der Tischler

Wilhelm Turek

im Alter von erst 22 Jahren. 4558

Ein ehrendes Gedenken wird ihm bewahrt.

Das Gewerkschaftskartell.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 1. September 1917, vormittags 8 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Breitestr. 10, aus statt. Wer irgend von der Arbeit abkommen kann, möge an der Beerdigung teilnehmen.

Trauerhüte

Trauerschleier Trauerflore

In großer Auswahl empfiehlt

3913

M. Tichauer

Reuschestraße Nr. 47/48, parterre und 1. Etage.

BRESLAU a. d. Ausstellungsgelände gegenüber der Festhalle.

Sonderwagen der elektr. Straßenbahn zu Beginn und Schluß der Vorstellungen.

Eine Fülle neuester Attraktionen!

Eröffnung: Sonnabend, 1. Septbr. Abends 7 1/2 Uhr.

HAGENBECK

HAMBURG.

Die größte Raubtierdressur- sowie Spezialitäten-Schau der Erde

gastierte 4554

nie zuvor in Breslau!

Derselbe Riesenspielplan, welcher zu vergangener Wintersaison mit denkbar größtem Erfolg in Berlin zur Aufführung gelangte, findet zu jeder Vorstellung in Breslau seine Wiedergabe!

Ab Sonnabend, 1. Sept. Tägl. Abendvorstell. um 7 1/2 Uhr

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag, je 2 Vorstell. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr

Preise der Plätze ausschließlich Kartensteuer: Galerie... 2 M. | I. Platz... 2 M. | II. Platz... 1.50 M. | Sperrplätze... 2.50 M. | Logen... 4 M. | Zu d. Nachn.-Vorst. zahl. Kinder mit 12 Jahr. halbe Preise.

Therapie täglich ab 10 Uhr morgens: Erwachsene 20 Pfg., Kinder und Militär 10 Pfg.

Vorverkauf: Hagenbecks Hauptkasse, Tel. 229, geöffnet stundenweise v. 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, sowie im Verkaufsbüro Harbisch, welches der Vorverkauf schon längere Zeit. Fernruf 411.

Stadt-Theater.

Sonnabend 7 1/2 Uhr, zum Besten des Deutschen und Österreichischen und Ungarischen Roten Kreuzes bei erhöhten Preisen:

„Fidelio.“

„Carmen.“

„Die toten Augen.“

Lobe-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Ein Sommernachtstraum.“ Freitag 7 1/2 Uhr: „Die treue Magd.“

Schauspielhaus

Operettenbühne, Telefon 2545
Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Siebesauer.“
Freitag 7 1/2 Uhr: „Der Soldat der Marie.“
Sonnabend und Sonntag 7 1/2 Uhr: „Siebesauer.“
Sonntag nachmittags 3 Uhr, für die kriegsbeschädigten Arbeiter: „Die Lärker-Christel.“
Kartenausgabe: Sonnabend von 4 bis 7/7 Uhr an der Stelle des Schauspielhauses.

Thalia-Theater

Sonnabend und Sonntag 7 1/2 Uhr: Größtmögliche Vorstellung: „Das Käthchen v. Heilbrunn“

Liebiel

Pünktlich 7 1/2 Uhr:

Zum letzten Male:

Auf Flügeln des Gesanges

Letztes Gastspiel

Max Marx

Voranzeige!

Morgen Freitag, den 31. August:

Keine Vorstellung

Sonnabend, den 1. September

Eröffnung

der

Winter-Spielzeit

mit

Erstklassigen Spezialitäten

Der weltberühmte Illusionist

Thorn

mit seinen Wunder-Darbietungen in die gezeigter Volendau.

Pascal und Severo

Meister der Dopp-1-Fuß-Fangspiele.

Sylvester-Kremo-Familie

„Die Aschenbräuer“

Pepl und Gusti Ganzler

„Der Mann in der Hutschachtel“

Lechen ohne Ende

2 Benno's

die besten komisch-Akrobaten der Gegenwart.

Robert Steidl

u. a. sein neuest. Schick.

„Die Barfußmode“

Elsa Grell

die phänomenale Gesangs-königin der n.

2 Petras

Komische Jongleure.

„Seitlameraden“

Steffin's Präsent 3 Ponys, 4 Hunde.

Lily u. Fox'i

„Trübsal Leben“

Die jugendl. nordische Tanzschönheit

Hella Ingrid

Neueste Kravaterichte.

Sonntag

Nachm. 3 1/2 Uhr (kl. Preis)

Vollständig. Sololektion

Viktoria-Theater.

Heute zum vorletzten Male:

Die lustige Witwe

Anfang 8 Uhr.

Sonnabend, den 1. Sept.

Gastspiel „Neue Operetten-Gesellschaft“

Leitung: M. Sternau.

Zum 1. Male:

Das

Glücksmüdel.

Volkstümliche Operette.

Deutscher Kaiser

Wilhelmstraße 33

Nur noch 2 Tage!

Das brillante

Fröhenungs-Programm

mit Max Marzelli

Konz. 7 1/2 - Vorst. 8 Uhr

Kl. Preise - Vorverk. Barasch.

Circus

Breslau (Salowastr.)

Letzte Wache!

Täglich

7 1/2 Uhr

Das neue Programm!

Heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Große Extra-Kinder-Vorstellung

Eintritt für Kinder 19 Pfg. und höher

Angenehm überaus mit einem

Wintersubwert

von Arzt für mehrere Stunden

täglich geübt.

Effekt. u. S. 4711 an

Rudolf Mosse, Breslau. [45 9

Gute Trane hätte u. 6.00 Uhr an.

Glen. Farnschüte sehr billig.

Modernisierung, erdichte rechtig.

Modellhaus, Schöpfung. 50. I.

Zähne

Schleibs, Schöpfung. 13.

Kauf

werden zum sofortigen

Hofarbit

Schleibs, Schöpfung. 13.

Guido Simon

S. m. n. s.

Breslau, Kgl. Hofarbit.

HOMMUNCULUS
Im Centrum aller Straßenbahnhöfen.
das Riesenspektakelwerk von Robert Reinert
Hommunculus
Sonnabend, ab 5 Uhr. Sonntag, ab 3 Uhr
I. Teil: Die Geburt des Hommunculus, Der Retortenmensch.
II. Teil: Das geheimnisvolle Buch. Wille ist alles. 12 Akte.
III. Teil: Der letzte Versuch die alles überwindende Liebe selbst zu erringen. 6 Akte.
IV. Teil: 15 und 16. V. Teil: 22 und 23. VI. Teil: 29 und 30. 9.
Hommunculus-Texte an der Kasse.

Verföhrung der Anwesenheit Ihrer Familien und Ihrer Angehörigen. Preis 40 Pfennige zu bezahlen durch unsere Credition und die Reputationsträger.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate
In der Volkswacht kosten die kleine Zelle

nur 20 Pfennige

Zuverlässige

gelernte u. ungelernete Arbeiter

für Materialausgabe und Hochlofarbeiten werden vom Dampflager der Gaswerke, Pöfingplatz 3, sofort eingestellt. 4461

Filzhuiziehler u. Presser

Julius Löwy, Hutfabrik, Reuschestr. 47/48.

Maschinenarbeiter

für Holzbearbeitungsmaschinen sucht
Hutfabrik Meine, Breslau 18, Ende Bohelstraße.

Lehrling
aus anständ. em Haus wird per sofort gesucht. 4401

Max Mandowsky, Neudorfstraße 16.

Tüchtige Frau

als Hausmeisterin
für ein Haus Kaiser-Wilhelmstraße sofort gesucht.
Offerten unter S. 93 an die Expedition dieses Blattes.

Tüchtige Köpfe- und Rändermacherinnen

Julius Löwy, Hutfabrik, Reuschestr. 47/48.

Garnmaschinen-Stepperin

auf Tornisterdeckel sofort gesucht.
Saemann, Neue Weltgasse 46/47. 4579

Hausbereinigung ohne Wohnung

an der Kaiser-Wilhelmstraße zu vergeben.
Offerten unter S. 96 an die Expedition dieses Blattes.

Schmied oder Schlosser

als Vorarbeiter gesucht.
Huta, Hoch- u. Tiefbau Akt.-Ges. Jun ernstraße 4/43.

Eine Frau gesucht
inhaber zu suchen.
Frau Graczyk, W.-Gardinerstr. 53/55.

Kultur und Nation
Preis 15 Pf.

Zu bezahlen durch die Credition

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. August.

Die Butterpreise

Ist jetzt durch eine Verordnung vom 25. August 1917 von geordnet worden. Danach darf der Butterherstellerepreis ein bestimmtes Verhältnis zum Milchherzeugerpreis nicht überschreiten...

Der Butterpreis würde also z. B. für Gebiete, die einen Milchherzeugerpreis von 30 Pf. für den Liter haben, auf 2 63 Mark für 1/2 Kilogramm beim Verkauf durch den Hersteller...

Die Versorgung mit Speisefetten und Milch wird, so heißt es, im kommenden Winter nur unter erheblich vermehrten Schwierigkeiten vor sich gehen können.

Fleischer und Viehandelsverband.

Seit der schlesische Viehandelsverband besteht, trotz er bekanntlich in der Breslauer Fleischereinigung angegliedert. Verschiedene Innungsvertreter erblickten in der gemeinsamen Einwirkung...

Die Leitung des Viehandelsverbandes hat auf diese Beschuldigungen sofort eine genaue Untersuchung veranlaßt, wobei sich auch diesmal wieder gezeigt hat, daß Herr Michael und seine Freunde...

Ebenso steht es um den Speck, der sachgemäß eingeschlagen und so gelagert ist, daß an ein Verderben gar nicht zu denken ist.

Kriegsteuerungszulagen für die Provinzial-Beamten.

Der Provinzial-Ausschuß hat am Mittwoch im Breslauer Landeshause eine Sitzung abgehalten. Er beschloß u. a., den Provinzial-Beamten ähnliche Kriegsteuerungszulagen zu gewähren...

Lobe-Theater.

Madame Legros.

Schauspiel in 3 Akten von Heinrich Mann.

Bieder einmal die französische Revolution in unvollständiger Bühnenbearbeitung. Madame Legros, eine ehrliche, fleißige Geschäftsfrau, leidet von einem kleinen Gange in ihren Leben beim...

Das Stück ist an sich reich an bewegten Szenen, und doch darf es bei der Vertreterin der Titelrolle ganz ungenügendes Gestaltungskraft, wenn es beim Publikum nicht durchfallen soll.

Welche Soldaten erhalten das Besoldigungsgeld von 2 Mark täglich?

Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Bernheim und Koch hat der Reichsfinanzminister folgende Antwort erteilt:

Die höchste Selbstabfindung zur Selbstbeschaffung der Besoldigung im Betrage von 2 Mark steht nach den geltenden Bestimmungen allen Mannschaften zu, die aus dienstlichen oder Billigkeitsgründen an der gemeinsamen Truppenkasse nicht teilnehmen.

Es haben also bisher schon Verheiratete, die mit ihren Familienangehörigen einen gemeinsamen Haushalt führen, ohne weiteren Anspruch auf das erhöhte Besoldigungsgeld von 2 Mark.

Haben wir Überfluß?

Ein Leser macht uns auf folgendes Inserat im „Breslauer Generalanzeiger“ aufmerksam: Mehrere tausend Ferkel für den menschlichen Gebrauch nicht geeignet...

Könnten diese Nahrungsmittel nicht vorher an Menschen billig abgegeben werden, ehe sie verderben, und nur noch für Hunde und Schweine zu gebrauchen sind?

Zubiel Getreide verbraucht.

Vor dem Breslauer Schöffengericht mußte sich am Sonnabend ein Güterbesitzer aus Tauern verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, vom August 1916 bis Juni 1917 beschlagnahmten Roggen und Weizen für seinen Haushalt verbraucht zu haben.

Ein Unfall am Karussell.

Die Karussellbesitzerin Scholz mußte sich am Montag wegen schuldiger Körperverletzung vor dem Breslauer Schöffengericht verantworten. Die Angeklagte, die in der Pöpelwitzstraße ein Karussell besitzt, läßt dieses durch Schülern in Betrieb setzen, die es im Ueberlauf drehen müssen.

An die Parteimitglieder im Landkreis.

Es ist nicht zu leugnen, daß unsere politische Organisation durch den Krieg schwer gestützt hat. Gleich beim Ausbruch des Krieges wurden fast alle Parteiführer, Belegstatterer und sonstige Vertrauensleute unter die Fahnen gerufen...

Wenn erstens die politische Bewegung im Landkreis noch ziemlich jung, und vorläufig dabei nur in einigen Orten über tätige Genossen, die nicht mehr im dienstpflichtigen Alter stehen.

Es gibt im Kreise, infolge der großen Zahl Kriegsinhabler Betriebe noch viele, die zu uns gehören, und durch eine fleißige Arbeit auch gewonnen werden können.

Um für den Frieden Ihre Stimme zu erheben, sollen auch im Landkreis öffentliche Volksversammlungen abgehalten werden. Für diese zu agitieren, damit sie zu wirkungsvollen Kundgebungen werden, ist Pflicht eines jeden.

Die in letzter Zeit im Kreise abgehaltenen Mitglieder-Versammlungen waren von gutem Gelingen erfüllt und die Genossen und Genossinnen waren, abgesehen von der Sorge um die Ernährung, auch bestrebt, weiterhin mitzuarbeiten.

Feldbiebstahl.

Im Juni wurde ein Ehepaar dabei erfaßt, als es von einer fremden Wiese Viehfutter abschmitt. Während der Mann mit einer Sichel das Gras abschneidet und in einen Sad füllt, stand die Frau an einer erhöhten Stelle und hielt Ausschau...

Bühne bot. Jedenfalls machten die künstlerischen Leistungen, die der Abend bot, dem Theater wieder alle Ehre.

Aus aller Welt.

Neues Metall.

Die Reichsfinanzverwaltung ist mit allen Kräfte bemüht, dem noch immer ständigen Mangel an Kleingeldern durch rechtliche Ausprägungen abzuhelfen. Im letzten Vierteljahr sind die Münzen lediglich für diese Aufgabe beschlagnahmt gewesen.

Stiefelpoliermaschinen in Petersburg. Die „Nowaja Schina“ berichtet, hat die Verwaltung der Schuhfabrik „Storoch“ sich an den Petersburger Oberbürgermeister gewendet und auf die fürchterlichen Mißstände hingewiesen, die im Schuhverleiher an die Zivilbevölkerung herrschen.

Ein gütiges Geschick bewahrte ein vierjähriges Mädchen, das in der Station Himmelron (Oberfranken) zwischen den Gleisen spielend vom Darneder Zug überfahren wurde.

Eine Dame hat einen Dampfer. In „Coltinger Tageblatt“ ist nachstehendes Inserat erschienen: Wer übernimmt mögl. bald das Einlegen und Einschaffen von Winterbersten für größere Familie gegen gute Bezahlung?

Die Leberwurst als Alkohold. Eine recht eigenartig anmutende Entscheidung hat das Landgericht Frankfurt a. O. in der Strafsache gegen eine Pokauschleiferin gefällt. Das junge Mädchen hatte einem Feldpostboten eine Leberwurst entnommen und diese sofort verzehrt.

Haarwurz bei Tadel. In dem Gemmer Lannan an der Trabrennbahn wurde die Leiche eines unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen, etwa dreißigjährigen Mannes aufgefunden.

Darben, Hungern... früh und spät, ist sehr früh und spät, nur der Pinte-Pinte hat, trüffel sich der Pinte, hungern für das Bärenland, und es auch noch lieben, D. wie immer mit das hoch sein, gilt es, Wohlstand zu lieben.

Reich der Verordnung des Generalgouverneurs von Warschau...
Reich der Verordnung des Generalgouverneurs von Warschau...
Reich der Verordnung des Generalgouverneurs von Warschau...

Strassenperrung. Wegen Verlegung von Wasserleitungsröhren wird der Berlinerplatz vor den Grundhäusern Nr. 21 bis 23 auf 2 Wochen für Fußverkehr und Räder verkehrslos gesperrt.

Strassenbahnunglück. Am Dienstag, nachmittags nach 1 Uhr, wurde auf der Dudenstraße vor dem Grundstück 22 der 10 Jahre alte Schulfahrer Robitz von einem Strassenbahnwagen überfahren. Der Junge geriet unter die Räder des Wagens und erlitt eine Verletzung an der Stirn, aber dem rechten Auge, als die herbeigekommenen Samariter der Feuerwehre an der Unfallstelle eintrafen, war der Knabe bereits von seinem Mutter ins Wenzel-Garde-Krankenhaus gebracht worden, wo er sich am Mittwoch bereits wohlfiel befand.

Freiheitsgasse 8 eine Wohnkammer erworben, der die Wohnung aber bei seinem Geschäft gestiftet worden sein, er ist gestiftet, ohne was Kosten zu können. — In der Nacht zum 28. August wurde ein Einbruchdiebstahl in einem Vordergeschäft auf der Springerkasse ausgeführt. Es wurden entwendet 12 Pfund Waschseife, sämtliche Brod, Lebensmittelmärkte, Johann 30 Suppenwürfel und verschiedene Obst. — In derselben Nacht wurden in einem Spielwarengeschäft Sandstraße 12 heim und entwendeten verschiedene Uhren, Broschen, Ketten, Koffer, Halsketten, Messer u. dergl. mehr, zusammen im Werte von 807 Mk.

Am 27. August wurde in dem Hause Freiheitstraße 25 eine Frau, deren der Schilddrüse der Selbstmord mit 16 Mk. und Kohlenmärkten entwendet wurde.

Einmitleidige selbigen. Am 27. August wurde ein Einmitleidige selbigen, der eine schreckliche Anzahl Diebstähle verübt hat und hier die Diebstahlschuldige verurteilt worden soll. Einmalige Diebstahle werden aufgeföhrt, ist alsbald unter Vorbehalt der gerichtlichen Ermittlung gegenstände im Zimmer 28 des Polizeipräsidiums zu werden, um sich vor dem Verdacht der Hehlerei zu schützen. Am genannten Zimmer kann auch das Bildnis des Diebes angehängt werden, falls Zweifel über seine Person bestehen sollten.

Betriebsunfall. Am Mittwoch, vormittags 11 Uhr, wurde ein auf der Hochbahnstraße wohnhafter Schlosser, der in einer Werkstatt auf derselben Straße beschäftigt ist, bei einer schweren Unfälle dadurch, daß ihm das Untergetriebe eines Kraftwagens auf ein Bein stürzte, wodurch er einen Bruch des Beines erlitt. Samariter der Feuerwehre schafften den 23 Jahre alten Mann ins Wenzel-Garde-Krankenhaus.

Abendkante weibliche. Am Mittwoch nachmittags ist an der Fürstendammstraße an der Ober die Leiche einer Frau gefunden worden, die etwa 50 Jahre alt, 1,55 bis 1,60 Meter groß gewesen ist, langes blondes Haar hat und schwarzen Oberrock, rotgefärbten Unterkleid, schwarz- und blaugefärbte Schuhe, braune Strümpfe und schwarze Halbhülsen trug. Sie hatte einen gelben angezeichneten Leinwand am Finger und trug gelbes Ohrgehör. Außerdem fand man bei ihr einen langen Haarschleier und einen kleinen Schlüssel zu einem Vorhängeschloß. Bekannte oder Angehörige der Verstorbenen wollen sich im Polizeipräsidium, Zimmer 47, oder im Leichenhause, Straße 14, melden.

Stadttheater. Der Spielplan der ersten Tage ist wie folgt festgesetzt: Sonnabend abends 7 1/2 Uhr Eröffnungsvorstellung zum Festen des Deutschen und Dekretarischen haben Ungarischen Krieger: „Hilfso“, „Umtauschkartern haben keine Gültigkeit“, Sonntag abends 7 Uhr: „Carmen“, Montag abends 7 1/2 Uhr: „Die toten Augen“, Dienstag abends 7 Uhr: „Rindha“, Der Vorverkauf für die angelegten Vorstellungen findet täglich von 10-2 Uhr an der Tageskasse statt.

Operntheater. Heute, Sonntag, Montag und Donnerstag abends 7 1/2 Uhr: „Sommernachts Traum“, Freitag abends: „Die neue Nacht“ von Bruno Henschel. Sonnabend abends: „Robane Segros“, Sonntag nachmittags zu kleinen Preisen „Mit Hebelberg“.

Theater. Sonnabend abends, 1. September, wird die neue Spielzeit mit einer Reueinführung von „Räuber von Hellbrunn“ von Heinrich v. Kleist eröffnet. Es ist dies zugleich die hundertjährige Wiederkehr der Breslauer Eröffnung der Oper. Die Titelfolle spielt das neu engagierte Ensemble als Ensemble. Die Regie führt Paul Eggers. Die Vorstellung wird Sonntag abends wiederholt. Die Ausgabe und Neuannahme von Abonnements findet täglich von 10-11 Uhr an der Kasse des Theaters statt.

Theater. Heute, Sonntag, Montag und Donnerstag abends 7 1/2 Uhr: „Sommernachts Traum“, Freitag abends: „Die neue Nacht“ von Bruno Henschel. Sonnabend abends: „Robane Segros“, Sonntag nachmittags zu kleinen Preisen „Mit Hebelberg“.

Theater. Heute, Sonntag, Montag und Donnerstag abends 7 1/2 Uhr: „Sommernachts Traum“, Freitag abends: „Die neue Nacht“ von Bruno Henschel. Sonnabend abends: „Robane Segros“, Sonntag nachmittags zu kleinen Preisen „Mit Hebelberg“.

Schlesien und Posen. Segau, 30. August. Großbauer mit Menschenverlust. Drei Befragungen, dem Landwirt Himmann, der Witwe Schuber und dem Häusler Neubach gehörig, brannten gestern in Segau's Haus nieder. Das Feuer ist bei Neubach, einem hochgeborenen Manne, ausgebrochen, der auch den Häusler zum Opfer gefallen ist. Man fand ihn tot in einer Schlafkammer. Nur ein Teil des angelegten Schadens ist noch zu ersetzen.

Der Kongress in Moskau. Moskau, 30. August. (S. T. A.) Der Dumapräsident Kobzianko erklärte es für das Unglück Russlands, daß die revolutionäre Macht, geschaffen durch die Duma im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, welcher sich damals gerade gebildet hatte, nicht Seite an Seite mit der nationalen Vertretung gegangen ist. Inzwischen ist beiseite geschoben und ihre Mitarbeit abgelehnt hat. Daher sei diese Macht lediglich unter dem Einfluß der sozialistischen Führerschaft geraten welche nach Angabe der Ministerien selbst wiederholt vollständige Unterwerfung der nationalen Interessen unter die Klasseninteressen gefordert hat. Der Rabattenführer Miljutin stellte fest, daß unglücklich durch zwei Jahre Kapitulation vor den utopischen Forderungen der Arbeiterklasse und den übertriebenen nationalistischen Ansprüchen der Duma Russlands gekennzeichnet worden sind. Der Semstwovertreter Gruzinow, ehemaliger Militär-gouverneur von Moskau, erklärte, daß seine Gruppe sich der Erklärung der vierten Duma anschloß, welche zu derselben Kobzianko nicht Zeit gehabt hätte.

Die Erklärung besage, die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Augenblicks sei, Rußland vor dem feindlichen Einfall zu retten, zu diesem Zweck die Manneszucht der Armee durch Beseitigung jeglicher Politik wiederherzustellen und das Ansehen der Führer zu verfestigen. Darauf ergreifen Vertreter der Eisenbahn das Wort, unter denen Prolovo, der Abgeordnete des Bundes der Ingenieure, auf die vollständige Zerrüttung des Verkehrs hinwies, welche, wenn der gegenwärtige Zustand der Dinge anhält, zu einem vollständigen Stillstand im November führen werde. Die Folgen dieses Umstandes, sagte Prolovo, werden furchtbar sein, ebenso im Innern des Landes, als an der Front, von wo die Armeen nach Rußland hineinstürzen und dort vielleicht beispiellose Ausschreitungen begehen könnten. Prolovo hob hervor, daß die ungemessenen Ansprüche der Arbeiter bei der Desorganisation eine große Rolle spielten. Er richtete einen warmen Appell an alle diejenigen, welche mit dem Transport beschäftigt sind, ihre persönlichen Interessen dem Wohlergehen des Vaterlandes zu opfern.

Der Vertreter der Israeliten, Grusenberg, hielt eine lange Rede, in der er sagte, das jüdische Volk habe trotz der unerhörten Verfolgungen, denen es von der alten Regierung ausgesetzt war, gleichwohl sein großes Vaterland und trug mächtig zu seiner Befreiung und Verteidigung gegen den Feind bei.

Der Vertreter der Ukraine und des östlichen Rußlands, des sogenannten Reichsrates, erklärte, ihre Völker seien bereit, für das Wohl des Vaterlandes alles zu opfern. Der Vertreter der Letten sagte, Kurland werde niemals mit Deutschland sein. Der Vertreter des allgemeinen Bundes der russischen Mohammedaner sagte, alle mohammedanischen Bürger Rußlands unterstützen voll die vorläufige Regierung.

Der ehemalige Oberbefehlshaber General Niegejew gab auf der Staatskonferenz in langer Rede einen Überblick über die kriegerischen Rückschläge Rußlands und ihre Ursachen. Er verglich die arme, von technischen Hilfsmitteln entblößte, aber durch ihren kriegerischen Geist starke Armee unter der alten Regierung mit der jetzigen, gut ausgerüsteten und versorgten, aber durch falsch ausgelegte, ungewöhnlich und ungezügelt angewandte Lehren vollständig vergiftete und verwirrtete Armee und wies besonders auf den bekannten Tagesbefehl Nr. 1 hin, der das Heer in zwei feindliche, bisher unvergleichliche Lager, die der Offiziere und Soldaten, gespalten habe. Er klagte über die Soldatenausschüffe, welche dem Heere wohl wirtschaftliche Dienste leisteten, aber die Manneszucht sehr schwächten, ja tödten, und über den die Armee untergrabenden Einfluß der Regierungskommissare. Nach der Erklärung der Rechte der Soldaten durch die Regierung sei die Achtung und alle Rücksicht auf die Führung vollständig verschwunden. Die Offiziere seien wahrhafte Märtyrer geworden und hätten die Offensiv vom 1. Juli und den letzten Rückzug teuer bezahlt. Niegejew führte unerhörte Tatsachen an, daß 3. D. eine Truppe, die aus 28 Offizieren, 20 Unteroffizieren und 2 Mann bestehend, zum Angriff vorging, während die anderen dem Untergang dieser Heiden schuldlos zusahen.

Diese Zustände, schloß Niegejew, sind kein Mittel, den Krieg fortzusetzen oder gar vom Siege zu träumen, vielmehr müßte das Heer selbst und die einflussreiche Regierung sofort das Neugeborene tun, um das Heer aufzurichten und mit neuem Geist zu erfüllen.

Frau Drejschowskaja, genannt die Großmutter der russischen Revolution, wohnte der Konferenz bei und sprach einige Minuten unter dem lebhaften Beifall der ganzen Versammlung. Frau Drejschowskaja sagte: Die Konferenz ist eine großartige politische Unternehmung, um die Wünsche der Nation kennen zu lernen. Sie ist auch eine Prüfung, die das russische Volk hoffentlich mit Erfolg bestehen wird. Frau Drejschowskaja schloß mit einem Appell, endlich von Worten zu Taten überzugehen und der Armee zu helfen, des Feindes Herr zu werden.

Einige auf der Konferenz auftretende politische Gruppen richteten an Kerenski einen Brief, in dem sie den Wunsch ausdrückten, daß Plechanow und Krapotkin, die auf der Konferenz nicht aufgetreten waren, zur Versammlung sprechen müßten. Kerenski erteilte keine Zustimmung.

Krapotkin hielt eine längere politische Rede, in der er die schwerwiegenden Folgen ausführte, die ein deutlicher Sieg haben würde. Er forderte daher alle Bürger und insbesondere die Armee auf, keine Anstrengungen zu unterlassen, diese schlimme Möglichkeit heranzubekämpfen. Krapotkin schloß mit dem Wunsch, daß Rußland endlich zur souveränen Republik ausgerufen werden möge. Dieser Wunsch, zum ersten Male auf der Konferenz ausgesprochen, erregte eine langanhaltende Kundgebung zu Ehren des großen revolutionären Rußlands.

Plechanow erteilte ein Bild von der Rolle der Duma bei der Selbstbefreiung des Landes und berichtigte die revolutionäre Demokratie und erobert irdischen Empirismus gegen die Behauptung gewisser Parteien, daß die revolutionäre russische Demokratie bereit sei, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen. Er versprach im Namen dieser Demokratie, daß Plechanow, daß sie niemals ihre Hand zu solcher Schande hängen wird. Das wäreerrat an den großen demokratischen Frankreich und England, (Langanhaltende Kundgebung)

Engelhardt. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)
Ges- und Kohlenersparnis. Bei der Herstellung von Knappheit an Lebensmitteln liegt es wohl im Interesse aller Lebensmittelhändler, durch Erparnis an Gas die Ausgaben zu verringern. Die Verkaufzeit liegt sich vom 1. Oktober bis 1. April (von 8 bis abends 6 Uhr festlegen. Die Fingerringhändler, die ja mit Waren auch sehr beschränkt sind, möchten mit dieser Verkaufzeit wohl auch einverstanden sein. Es wäre dies für den Detaillisten und für die Stadt eine bedeutende Ersparnis an Kohle und Gas.
Mehrere Lebensmittelhändler.

Briefkasten. R. W. An dem Polizeipräsidium der Briefkasten, das gesch. Nr. 2. 22. Nr. 2. Sie können sich jederzeit nicht ändern. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)

Der Kongress in Moskau. (Kleinere Artikel betreffend die verschiedenen Angelegenheiten und anderen Angelegenheiten, die für die verschiedenen Angelegenheiten von Bedeutung sind.)